

An den Oberbürgermeister
Herrn Siegfried Müller und
Die Damen und Herren
des Stadtrates Kitzingen

13.3.2015

HAUSHALTSVERABSCHIEDUNG 2015

Stellungnahme der KIK-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Die seit der Genehmigung der neuen Geschäftsordnung eingetretene Situation im Verhältnis Stadtrat-Verwaltung ruft nach einer Erneuerung auch hinsichtlich der Haushaltsberatung.

Die üblichen Vorgehensweisen bei den jährlichen Haushaltsberatungen erweisen sich in Kitzingen weder als realitäts- noch als zukunftsorientiert. Die Vorgaben der Verwaltung erschöpfen sich in einer monotonen Fortschreibung der Haushaltspläne der Vorjahre, ohne Hinterfragung der Inhalte. Etliche Projekte werden nun über Jahre unerledigt im Haushalt mitgeschleppt, ohne dass diese Aufgabenstellungen eine Prüfung auf ihre Aktualität erfahren hätten. Vermisst wird in diesem Zusammenhang auch jegliche Initiative, ob von Verwaltungs- oder Stadtratsseite, die im Hinblick auf eine höhere Effizienz auf Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung zielt.

Die Vorlagen der Verwaltung enthalten darüber hinaus keinerlei Innovationsansätze, die sich konstruktiv mit der Veränderung der Lebensverhältnisse der Bürger auseinandersetzen. Das Stadtratsgremium ist in den Beratungs-Schnelldurchgängen nur noch darauf fixiert, die eigenen, noch nicht realisierten Fraktionsanträge erneut im Haushaltsplan zu verankern. Die großen sozial- und gesellschaftspolitischen Verschiebungen finden in den Mini-Beratungen keine Beachtung. Prestige- und Profilierungsprojekte genießen absoluten Vorrang.

Die Prämisse, dass sich die Beratungen und die dabei geführten Debatten an Inhalten und Projekten orientieren sollten, deren Dringlichkeit vorrangig aus dem kontinuierlichen gesellschaftlichen Wandel resultieren - unter Berücksichtigung aller sozialen Schichten der Bevölkerung - wird dabei außer Acht gelassen. Ebenso der Blick auf die langfristige finanzielle Leistungskraft der Stadt. Dem Stadtrat als Dienstherrn der Verwaltung fällt die Aufgabe zu, den ordnungsgemäßen Umgang mit den Steuermitteln, deren effektiven Einsatz sowie die verwaltungsinterne Umsetzung zu kontrollieren und die Zielsetzungen, also das Programm der zukünftigen Kommunalpolitik, zu definieren.

Diese essentiellen Aufgaben des Stadtrates geraten seit Jahren immer mehr in Vergessenheit und werden nicht mehr im notwendigen Umfang wahrgenommen.

Trotz neuer Kämmereibesetzung konnte die sicherlich rechnerisch korrekte Vorlage des Haushaltsentwurfes keine Aufbruchstimmung erkennen lassen. Die Auswirkungen der neuen Geschäftsordnung mit ihren einschneidenden Veränderungen, die von der Mehrheit des Stadtrates beschlossen wurde, treten jetzt schon deutlich zutage. Durch die gewollte Übertragung umfangreicher Kompetenzbereiche und damit von Verantwortung auf die Stadtverwaltung entstand ein neues >Machtverhältnis< im Rathaus, was de facto eine

Schwächung des Stadtratsgremiums bedeutet. Dem gegenüber kann aber die Verwaltung offensichtlich die neue Fülle der Aufgaben und Arbeiten nicht in zufrieden stellendem Umfang bewältigen.

Harsche Reaktion der Verwaltung

Auf zaghaften Einspruch und schüchterne Nachfragen einiger Stadträte nach Leistung, Kompetenz und Terminsetzungen wurde seitens der Verwaltung harsch reagiert und dem Stadtratsgremium klar vermittelt, dass die Fachkompetenz uneingeschränkt auf Seiten der jeweiligen Ämter läge und auch trotz möglicherweise anders lautender Beschlüsse des Stadtrates die Strategie der Verwaltung weiterhin verfolgt werden würde. Jeder gedankliche Ausflug, jede Frage wurde geblockt. Die Botschaft war unmissverständlich. Die Fraktionen können sich nach dieser >Erfahrung< nun entscheiden, ob sie weiterhin gute Miene zu diesem Spiel zeigen wollen, obwohl sie nahezu keinen Einfluss mehr auf die Entwicklung der Stadtpolitik nehmen können.

Die Verwaltung ließ demgegenüber aber trotz der nach eigenen Aussagen so großen Fachkompetenz die Einbeziehung sozialer und gesellschaftspolitischer Entwicklungen sowie zukunftsweisende Lösungsansätze vermissen. Voraussetzung für eine konstruktive und zugleich zukunftsweisende Gestaltung der kommunalpolitischen Aufgaben und Herausforderungen wären das Vorhandensein von Ambitionen und Visionen. Die notwendigen Faktoren wie Mut und Kreativität zählen aber erfahrungsgemäß nicht zu den herausragenden Stärken einer Verwaltung.

Das Bauamt

Hier wird der Konflikt zwischen Verwaltung und Stadtrat über bislang unerfüllte Personalmehrvorstellungen eines Amtes spürbar (deren Notwendigkeit bis heute nicht belegt werden konnte; das Organisationsgutachten spricht gar von einer bestehenden Überkapazität). Dieser Konflikt wird letztendlich auf dem Rücken des Bürgers ausgetragen.

Die Leistungsfähigkeit des Bauamtes, gemessen an den Mitteleinstellungen in die letzten Haushalte, sinkt kontinuierlich proportional ab (vgl. Statistik Rechnungsprüfungsamt). In der Konsequenz bleiben deshalb bereits beschlossene Projekte über Jahre unerledigt. Als Beispiel dafür mögen exemplarisch das langjährig betriebene Bahnprojekts oder das Marktcafe dienen.

Seit 2011 wird dem Stadtrat die Veröffentlichung eines Wettbewerbes zur Neubebauung des Marktcafe-Areals in Jahresetappen immer wieder avisiert (Zitat: "Liegt alles fertig auf meinem Schreibtisch"), aber dennoch nicht vollzogen. Die Frage, warum der Wettbewerb bis heute noch nicht ausgelobt wurde, eröffnet den Raum für Spekulationen über den Wahrheitsgehalt solcher Aussagen gegenüber dem Stadtratsgremium. Solche Hinhaltetaktiken oder gar Falschinformationen sind nicht hinnehmbar.

Die jetzt für den Umbau des Bahnhofvorplatzes und der P+R-Stellplätze notwendigen Bebauungspläne wurden von der KIK-Fraktion bereits 2008 mehrmals beantragt und dabei Wege zum Vorantreiben des Projektes aufgezeigt. Seitens der Verwaltung erklärte man solche Initiativen als "verzichtbar". Sie wurden dem Stadtrat stets zur Ablehnung empfohlen. Jetzt dienen diese nicht vorhandenen B-Pläne der Verwaltung als Argument, dass weitere 9 Monate Zeit gebraucht werden.

Die immer wieder vorgebrachte Argumentation, dass das Bauamtspersonal durch die Konversionsaufgabe personell bis zum letzten Mann gebunden und überlastet sei, kann nicht mehr nachvollzogen werden, zumal die gesamten Planungsarbeiten seitens der

Inhaber dieser Flächen erbracht werden müssen und anderweitige Änderungen und Aufgaben, z.B. Flächennutzungspläne und die damit verbundenen Fachplanungen, an externe Firmen vergeben werden.

Eine konkreter Nachweis über Umfang und Wahrnehmung notwendiger Verwaltungsarbeiten wurde dem Stadtrat – trotz mehrmaliger Aufforderung – bislang nicht vorgelegt.

Kontrolle der Finanzen

Eine konsequente Evaluation aller abgeschlossenen Projekte mit der Fragestellung, was ist gut, was ist schlecht gelaufen und wo können in Zukunft Kosten gespart werden, wäre mehr als sinnvoll. Im Haushalt könnte auf dieser Grundlage die zur Kontrolle notwendige Kosten-Leistungs-Analyse zum Tragen kommen.

Trotz mehrmaliger Vorstöße der KIK-Fraktion wird den Stadträten keine solche Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) vorgelegt, die ein gutes Instrument ist, um Klarheit in das Finanzgebaren der Stadtverwaltung zu bringen. Nur so sind effektive Kontrollen der Ausgabenentwicklung und ggf. notwendige Gegensteuerungsmaßnahmen möglich. Im gesamten Finanzbereich fehlt es dem Stadtrat an Mut sich konsequent mit den Kontroll- und Steuerungsinstrumenten auseinanderzusetzen.

Angesichts der sich dramatisch verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine grundsätzliche Überprüfung der Stadtentwicklung vonnöten. Man müsste sich z.B. von Prestigeprojekten trennen, um Mittel für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge generieren zu können.

Der Kanal- und Straßenbau wird mangels ausreichender Finanzmittel vernachlässigt, der kommunale Wohnungsbau ausgeklammert. Stattdessen fließen mittelfristig ca. 2,5 Millionen in den Bau von Parkplätzen, u.a. der Parkplatz am Freizeitgelände in Etwashausen mit ca. 1,2 Mio. Da stellt sich die Frage nach der Priorität: Ist die Erstellung von preisgünstigen Wohnungen weniger wichtig als Stellplätze für Kraftfahrzeuge? Hier hat sich die Gewichtung von Wünschenswertem und Notwendigem eindeutig verschoben.

Diskussion – Nein danke!

Die Liste von Positionen, die nach Auffassung der KIK-Fraktion einer Hinterfragung oder Korrektur bedürften, ist lang. Es ist aber in den knapp bemessenen 6 Stunden der Beratung nicht möglich diese Punkte anzusprechen und inhaltlich zu diskutieren.

Die drängendste Frage bleibt offen: Wann und bei welcher Gelegenheit ergibt sich denn überhaupt eine Chance, im Stadtrat die Fortführung der städtischen Entwicklung offen und ohne Zeitdruck zu diskutieren und um die besten Lösungen zu ringen, um dann die notwendigen Beschlüsse zu fassen ?

Wenn der Stadtrat nicht bereit sein wird, das Procedere der Haushaltsberatungen grundsätzlich zu ändern und dabei einen Neuanfang zu starten, bei dem nach einem generellen >Kassensturz< die Prioritäten der Politik nach gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten neu definiert werden, dann wird die Stadt an die Grenzen der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes stoßen.

Ohne Richtungsänderung steigen die Schulden der Stadt (Schuldenstand Ende 2015: 10,4 Mio, Schuldenstand Ende 2017: ca 13.7 Mio) bei Fortführung der bisherigen Politik weiterhin. Die Nichtbeachtung der ausgelagerten Schulden in Höhe von 20,8 Mio Euro verschleiert dabei die tatsächliche städtische Verschuldung in Höhe von insgesamt ca. 31,2 Mio Euro.

Die Verwaltung zu verschlanken und die Optimierung von Verwaltungsabläufen zu versuchen, ist notwendig. Die Bereitschaft dies zu implementieren, ist in der Stadt Kitzingen

nicht ausgeprägt. Hier liegen Potentiale der Einsparung. Nur durch konsequente Auseinandersetzung mit dieser Problematik und einer entsprechenden Beschlussfassung im Stadtrat kann eine kontinuierliches Aufblähen der Verwaltung und die damit verbundenen hohen Personalausgaben vermieden werden.

Zurück zur Grundidee eines Kommunalparlaments

Es will schon etwas heißen, wenn während der öffentlichen Haushaltsberatungen das Kitzinger Publikum komplett fernbleibt und selbst die Kitzinger CSU-Fraktion am Ende der Beratungen die Frage stellte, ob das schon alles gewesen sein sollte und wo bei diesen Sitzungen die Kommunalpolitik in den Vordergrund getreten sei.

Die während der Beratungen zum Haushalt aufgetauchte Unzufriedenheit eines großen Teils des Stadtratgremiums sollte genügend Anlass geben sich mit dem Verhältnis Stadtrat – Verwaltung auseinanderzusetzen und die kommunalrechtlich fixierten Aufgaben, Rechte und Pflichten des Stadtrates wieder wahrzunehmen, wozu in erster Linie die Vorgabe der Politikleitlinien sowie die Kontrolle von deren Umsetzung zählen.

Die von der neuen Geschäftsordnung des Stadtrates ausgehenden Restriktionen, die sich den meisten Stadträten in ihrer Auswirkung erst jetzt offenbaren, und der generell mangelhafte Informationsfluss haben sich als Behinderung einer effektiven Stadtratsarbeit erwiesen. Die Konsequenz daraus wäre – statt mit diesen Auswirkungen zu leben – den Fehler zu beheben und eine entsprechende Neufassung der Geschäftsordnung vorzunehmen.

Überholte Rituale beenden

Angesichts der neuen Situation im Stadtrat und der Tatsache, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsreden der Fraktionen die Entscheidungen der einzelnen Stadträte über die Zustimmung und Ablehnung des vorgelegten Haushaltes bereits festgelegt sind, geht dieses alljährliche Ritual an der Realität vorbei. Die Stellungnahmen wären in den Wind gesprochen. Die KIK-Fraktion hat sich deswegen entschlossen mit diesem alt hergebrachten System zu brechen und stattdessen eine schriftliche Stellungnahme zum Haushaltsentwurf zu veröffentlichen, um die Gründe zu benennen, die eine Ablehnung dieses Haushaltes notwendig machen.

KIK-Fraktion